



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesministerium für öffentliche
Wirtschaft und Verkehr

Pr.Zl. 5668/5-1/88

Bitte im Antwortschreiben die Zahl dieses
Schreibens anführen.

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2

Telex Nr.: 111800

Telex Nr.: 132481 (Straßenverkehr)

DVR: 0090204

Sachbearbeiter: Dr. Niederle

Tel. (0 22 2) 75 76 31 Kl. 9253

od. 75 65 01

Entwurf einer Novelle zum
Energienkungsgesetz 1982;
BegutachtungsverfahrenAn die
Parlamentsdirektion
W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	73 - GE 9 88
Datum:	24. MRZ. 1988
Verteilt	24. MRZ. 1988

hage
Dr. Ulmer

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr,
Präsidium, übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho
Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle zum Energienkungs-
gesetz 1982.

Beilagen

Wien, am 23. März 1988
Für den Bundesminister:
Dr. ZANT

*Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:*

T. Kremer



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesministerium für öffentliche
Wirtschaft und Verkehr

Pr.Zl. 5668/5-1/88

Bitte im Antwortschreiben die Zahl dieses
Schreibens anführen.

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2

Telex Nr.: 111800

Telex Nr.: 132481 (Straßenverkehr)

DVR: 0090204

Sachbearbeiter: Dr. Niederle

Tel. (0 22 2) 75 76 31 Kl. 9253

od. 75 65 01

Entwurf einer Novelle zum
Energielenkungsgesetz 1982;
BegutachtungsverfahrenBezug: do GZ 550.905/5-VIII/1/88 vom 16. Feb. 1988An das
Bundesministerium für wirtschaftliche
Angelegenheiten
W i e n

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Präsidium, beehrt sich, auf die Stellungnahme des ho Ressorts zum oa Gesetzesentwurf vom 3.4.1984 unter Pr.Zl. 5668/4-1-1984 zu verweisen, der nachfolgende Bemerkungen enthielt:

"Um die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes (insbes. der Sicherungs-, Fernmelde- und Starkstromeinrichtungen) in Krisenfällen zu gewährleisten, sollte der § 13 Abs. 1, 2. Satz des Entwurfes nach der Bezeichnung "100.000 kWh" durch die Einfügung der Worte "oder solche mit überregionalen Betriebsführungsaufgaben (z.B. Eisenbahnen)" erweitert werden.

Darüberhinaus ergibt sich aus der Sicht des ho Ressorts noch folgende Bemerkung zu § 15 Abs. 5:

Der in diesem Paragraphen verwendete Begriff "Dringlichkeit" ist ein unbestimmter Gesetzesbegriff. Bei einer - im Sinne dieser Bestimmung - notwendigen Dringlichkeitsreihung durch

- 2 -

das do Ressort sollte vor allem auch auf die Sicherung der reibungslosen Abwicklung des öffentlichen Verkehrs Rücksicht genommen werden."

Diese Bemerkungen werden weiterhin aufrechterhalten.

Wien, am 23. März 1988
Für den Bundesminister:
Dr. ZANT

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Theiner